

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Einleitung	25
A. Der Anlass	25
B. Der Gang der Untersuchung	26
Erstes Kapitel: Die Rechtsfigur der Anerkennung	30
A. Einleitung	30
B. Die Rechtsfigur der Anerkennung	31
I. Begriff der Anerkennung	33
II. Abgrenzungen	36
III. Die völkerrechtlichen Grundlagen der Anerkennung	42
1. Erscheinungsformen der Anerkennung im Völkerrecht	42
2. Ausgangspunkt: Das Territorialitätsprinzip	43
a) Unterscheidung zwischen Anwendungs- und Geltungsbereich des Rechts	45
b) Verbot der Vornahme von Hoheitsakten auf fremdem Staatsgebiet	49
3. Erfordernis der Anerkennung	50
4. Keine völkerrechtliche Pflicht zur Anerkennung fremder Hoheitsakte	51
5. Überprüfungsbefugnis des anerkennenden Staates	52
6. Anerkennungsvoraussetzungen	53
7. Wirkungen der Anerkennung	54
a) Echte Geltung?	54
b) Wirkungserstreckung, Gleichstellung oder kumulierte Wirkungserstreckung?	56
8. Rechtsgrund der Rechtserheblichkeit	59
9. Fazit	62
IV. Die Anerkennung im Europarecht	62
1. Ursprung der gegenseitigen Anerkennung im Europarecht	66

2. Erscheinungsformen der Anerkennung	71
a) Anerkennung im Binnenmarktrecht	73
aa) Anerkennung von behördlichen Einzelakten	75
bb) Die Rechtsnormanerkennung	75
cc) Kollisionsrechtliche und verfahrensrechtliche Anerkennung	80
dd) Wahlfreiheit in der Methode?	87
ee) Anerkennung im nicht harmonisierten und im harmonisierten Bereich	90
ff) Primärrechtliches und sekundärrechtliches Anerkennungsmodell	95
gg) Besondere Erscheinungsform: Der transnationale Verwaltungsakt	99
b) Anerkennung in der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen	105
aa) Urteilsanerkennung	107
bb) Anerkennung im Europäischen Kollisionsrecht	117
c) Fazit	122
3. Abgrenzung zum Herkunftslandprinzip	124
V. Historische Vorläufer der gegenseitigen Anerkennung in Strafsachen	129
VI. Fazit	131
 Zweites Kapitel: Die gegenseitige Anerkennung in Strafsachen in der EU	 132
A. Einleitung	132
B. Die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen in der EU	135
I. Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen in der EU	135
1. Begriff der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen	135
2. Einordnung und Abgrenzung	138
II. Entwicklung der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen in der EU	143
1. Das traditionelle Rechtshilferecht des Europarates	146
2. Die Schengener Übereinkommen	154
3. Der Vertrag von Maastricht	158
4. Der Vertrag von Amsterdam	160
5. Der Übergang zum Prinzip der gegenseitigen Anerkennung	163

6. Der Vertrag von Lissabon	172
C. Die gegenseitige Anerkennung in Strafsachen in der EU	174
I. Definition der gegenseitigen Anerkennung	174
1. Ansichten im Schrifttum	175
2. Historische Auslegung	180
3. Fazit	189
II. Anwendungsbereich der gegenseitigen Anerkennung	189
1. Bisheriger Besitzstand und aktuelle Vorschläge	189
2. Anerkennungsfähige Entscheidungen gemäß Art. 82 Abs. 1 UAbs. 2 lit. a AEUV	193
III. Anerkennungsvoraussetzungen	198
1. Fehlen von Anerkennungsverweigerungsgründen	198
a) Bedeutung der Anerkennungsverweigerungsgründe	201
b) Der Streit um den europäischen ordre public-Vorbehalt	203
aa) Problemaufriss	204
bb) Inhalt des europäischen ordre public-Vorbehalts	206
cc) Erfordernis eines europäischen ordre public-Vorbehalts	207
dd) Auslegung	214
ee) Rechtsprechung des EuGH	223
ff) Fazit	224
2. Gegenseitiges Vertrauen	225
a) Eine rechtliche Bestandsaufnahme	226
aa) Gegenseitiges Vertrauen in der europäischen Gesetzgebung	226
bb) Gegenseitiges Vertrauen in der europäischen Rechtspolitik	228
cc) Gegenseitiges Vertrauen in der Rechtsprechung des EuGH	233
b) Bedeutung des gegenseitigen Vertrauens	237
aa) Begriff und Funktion des Vertrauens	239
(1) Soziologie	240
(2) Ökonomie	241
(3) Differenzierung zwischen personalem Vertrauen und Systemvertrauen	242
bb) Funktion des Vertrauens in der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen	244

cc) Vertrauen im/ und Recht	247
dd) Vertrauen als Recht(sprinzip)?	249
c) Fazit	256
IV. Funktionsweise der gegenseitigen Anerkennung	257
1. Differenzierung zwischen Anerkennung und Vollstreckung und das Erfordernis des Exequaturverfahrens	257
2. Wirkungen der Anerkennung	269
a) Echte Geltung?	269
b) Wirkungserstreckung, Gleichstellung oder kumulierte Wirkungserstreckung?	270
c) Transformation?	276
3. Unmittelbarkeit der Anerkennung	280
4. Automatismus der Anerkennung	281
5. Gegenstand der Anerkennung	287
6. Form der Anerkennung	291
V. Zur (Rechts-)Natur der gegenseitigen Anerkennung	292
1. Fortdauernde Relevanz der Frage nach der Rechtsnatur	293
2. Ansichten im Schrifttum	296
3. Indizien für die Qualität eines primärrechtlichen Rechtsprinzips	305
4. Fazit	310
Drittes Kapitel: Rhetorik, politische Leitlinie oder geltendes Primärrecht?	312
A. Einleitung	312
B. Das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung als geltendes Primärrecht	314
I. Vorbemerkungen	314
1. Das Recht als Schlüsselbegriff	314
2. Keine vorfindliche Größe des richtigen Rechts	316
3. Funktion und Nutzen von juristischen Definitionen	318
4. Wechselbezüglichkeit zwischen Recht und Geltung	318
5. Definitionsanforderungen im Lichte des Erkenntnisinteresses	320
II. Erfordernis einer originär europäischen Geltungstheorie?	321
1. Übertragbarkeit staatsrechtlicher Geltungstheorien auf die Unionsebene?	321

2. Besonderheiten des Unionsrechts und ihre Relevanz für die Geltungskriterien	324
III. Normqualität des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung: Abgrenzung zur bloßen Rhetorik	325
1. Notwendige Voraussetzung der Normqualität: Die Sollensvorgabe	325
2. Einwände gegen die Normqualität des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung	327
3. Autonomie der Geltungsfrage	332
4. Fazit	334
IV. Primärrechtsgeltung des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung: Abgrenzung zur politischen Leitlinie	334
1. Begriffe der Geltung	335
2. Geltungsvoraussetzungen	336
a) Das ethische Minimum	338
b) Die faktische Wirksamkeit	338
c) Die Setzung	342
aa) Juristische Geltung nur durch staatliche Setzung?	344
bb) Juristische Geltung nur bei Zwangsbewehrung?	345
cc) Juristische Geltung als Richterrecht?	350
dd) Juristische Geltung durch die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Tampere?	361
ee) Juristische Geltung durch implizite Setzung?	365
(1) Das Kriterium der impliziten Setzung	365
(2) Nachweis der impliziten Setzung für das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung	369
(a) Art. 29 ff. EUV a. F. und das traditionelle Rechtshilferecht	372
(b) Art. 29 ff. EUV a. F. und das soft law	377
(c) Art. 29 ff. EUV a. F.: Wortlaut und Telos	384
(d) Sekundärrechtskonforme Auslegung des Primärrechts?	386
V. Fazit	389

C. Folgen der Qualifizierung als geltendes Primärrecht	390
I. Deklaratorische Verankerung im Primärrecht durch den Vertrag von Lissabon	390
II. Rechtsgrundlage für die umsetzenden Rahmenbeschlüsse	391
 Viertes Kapitel: Die Prinzipienlehre: Das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung als Rechtsprinzip	 396
A. Einleitung	396
B. Mögliche Erklärungsleistungen einer Qualifikation als Rechtsprinzip	397
C. Die Prinzipienlehre	409
I. Das Prinzip im Europäischen Primärrecht	409
1. Das Wort und der Begriff Prinzip	409
2. Begrifflichkeiten im Europäischen Primärrecht	412
a) Prinzip und Grundsatz als Synonyme und das Mehrsprachigkeitsproblem	413
b) Überblick über die verschiedenen Bedeutungsinhalte des Wortes Prinzip im Europäischen Primärrecht	418
3. Fazit	421
II. Die Suche nach der Prinzipienlehre, die alles erklärt	422
1. Das Prinzip als Zauberwort und Mythos	425
2. Das Angebot an Prinzipienlehren und ihre Diskussionsschwerpunkte	431
a) Facettenreichtum der Prinzipiendiskussion in der (deutschen) Rechtstheorie	431
aa) Vorab: Was ist Rechtstheorie, Rechtsphilosophie, Rechtsdogmatik, Rechtsmethodik?	435
bb) Die Prinzipienlehre als Kritik am Begriffspositivismus	439
cc) Die Prinzipienlehre als Normtheorie: Der Unterschied zwischen Regeln und Prinzipien	442
dd) Die Prinzipienlehre als Argumentationstheorie	447
ee) Die Prinzipienlehre als dogmatische Grundrechtsthese	449
b) Prinzipien im deutschen Verfassungsrecht	451

c) Prinzipien im Völkerrecht	452
d) Fazit	458
III. Europäische Prinzipienlehre	462
1. Existiert eine europäische Prinzipienlehre?	462
a) Die Prinzipienlehre des EuGH: Allgemeine Rechtsgrundsätze	464
aa) Terminologie	464
bb) Historie	465
cc) Bedeutung	469
dd) Kategorisierung	470
b) Allgemeine Rechtsgrundsätze als taugliches Erklärungsmodell für das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung?	475
aa) Terminologische Vorbelastung	476
bb) Rückgriff auf die allgemeine Rechtstheorie	478
2. Erfordernis einer originär europäischen Prinzipienlehre?	479
a) Übertragbarkeit der staatsrechtlichen Prinzipienlehre auf die Unionsebene?	480
b) Besonderheiten des Unionsrechts und ihre Relevanz für die Modifikation der staatsrechtlichen Prinzipienlehre	481
c) Europäische Prinzipienlehre als Utopie	481
d) Zweckmäßigkeit als Maßstab der Rechtstheorie	482
IV. Definition des Prinzips	483
1. Abgrenzung gegen die Norm	484
2. Abgrenzung gegen den Wert	485
3. Abgrenzung gegen die Regel	488
a) Der Unterschied zwischen Regeln und Prinzipien	488
b) Kritik an der Übereinstimmungsthese	492
c) Kritik an der starken Trennungsthese von Alexy	493
aa) Einwände gegen das unterschiedliche Kollisionsverhalten als Nachweis der normstrukturellen Eigenart von Prinzipien	495
bb) Einwände gegen den Optimierungscharakter von Prinzipien	496
cc) Einwände gegen die strikte Binärcodierung von subsumtionsfähigen Regeln und abwärgungsfähigen Prinzipien	501

dd) „Nullpunkt juristischer Dogmatik“	504
ee) Einwand der Überflüssigkeit	505
d) Grund für das Festhalten an den Prämissen und Folgen der starken Trennungsthese	509
e) Zugrunde gelegter Prinzipienbegriff	510
V. Das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung als Rechtsprinzip auf Grundlage der schwachen Trennungsthese	515
D. Erklärungsleistungen einer Qualifizierung als Rechtsprinzip	516
E. Funktionen von Rechtsprinzipien am Beispiel des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung in Strafsachen	518
I. Auslegungshilfe	520
II. Lückenfüllung	524
III. Rechtmäßigkeitsmaßstab	526
Fünftes Kapitel: Das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung als konkretisierungsbedürftige Rechtsnorm: Primärrechtswidrige Konkretisierung zulasten der Beschuldigtenrechte?	528
A. Einleitung	528
B. Konkretisierung des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung in Strafsachen	531
I. Konkretisierungsbefugnis	532
II. Konkretisierungsschritte	540
1. Bedeutung der Vertragsänderungen von Lissabon	540
a) Problemaufriss	540
b) Relevante Änderungen durch den Vertrag von Lissabon	542
aa) Ausdrückliche primärrechtliche Normierung des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung	543
bb) Telos des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	544
cc) Aufwertung der Grundrechte	547
c) Keine Fortgeltung der alten Rechtslage gemäß Art. 9 des Protokolls Nr. 36 über die Übergangsbestimmungen	547

2. Auslegung des primärrechtlichen Prinzips der gegenseitigen Anerkennung	549
3. Abwägung mit kollidierenden Prinzipien	551
a) Begriff der Abwägung	552
b) Kritik an der Abwägung als Rechtsgewinnungsmethode	555
c) Methode und Kriterien der Abwägung	558
C. Bestehen und Umfang der Abwägungspflicht des europäischen Gesetzgebers	568
I. Der Konflikt: Prinzip der gegenseitigen Anerkennung vs. Grundrechte	568
1. Grundrechtsbindung des europäischen Gesetzgebers: Art. 6 EUV n. F.	570
2. Grundrechtsschutzregime: Die drei Optionen des Art. 6 EUV n. F.	572
3. Umfang der Grundrechtsbindung des europäischen Gesetzgebers	577
a) Die geteilte Grundrechtsverantwortung zwischen EU und Mitgliedstaaten	580
b) Zusammenhang zwischen dem Umfang der Grundrechtsbindung und der Abwägungspflicht	585
c) Kritik am Konzept der Verantwortungsteilung und Alternativvorschläge	585
4. Fazit	589
II. Kein abstrakter Vorrang	589
1. Kein abstrakter Vorrang des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung	590
2. Kein abstrakter Vorrang der Grundrechte	593
3. „Erhöhtes Eingangsgewicht“ der Grundrechte?	595
D. Abwägungsfehler zulasten der Beschuldigtenrechte?	602
I. Die vorliegend relevanten Abwägungsergebnisse des europäischen Gesetzgebers	603
II. Gestaltungsspielraum und Kontrolle	605
1. Rechtfertigung des gesetzgeberischen Gestaltungsspielraums	606
2. Kontrollumfang und Kontrolldichte des EuGH bei Legislativakten	609

3. Rechtsprechungspraxis im Bereich der gegenseitigen Anerkennung in Strafsachen	611
4. Höhere Kontrollldichte in der neueren Grundrechteentsprechung des EuGH	617
5. Fazit	619
III. Abwägungsfehlerlehre	621
IV. Ausgewählte Abwägungsfehler	624
1. Kein ausdrücklicher ordre public-Vorbehalt	626
a) Umfang der Grundrechtsbindung und Abwägungspflicht	626
b) Abwägungsfehler	628
c) Folgen des Abwägungsfehlers	630
d) Bisherige Rechtsprechung des EuGH	632
2. Fakultativer Verweigerungsgrund ne bis in idem	634
a) Der Grundsatz ne bis in idem gemäß Art. 50 GRC	637
b) Umfang der Grundrechtsbindung und Abwägungspflicht	640
c) Abwägungsfehler	642
aa) Vorrang des Art. 50 GRC vor den Strafverfolgungsinteressen eines Mitgliedstaates	643
bb) Tatbestandliche Unbestimmtheit des Verweigerungsgrundes ne bis in idem	646
cc) Fakultative Ausgestaltung des Verweigerungsgrundes ne bis in idem	648
d) Folgen des Abwägungsfehlers	650
e) Bisherige Rechtsprechung des EuGH	652
3. Fazit	653
Schlussbetrachtung	655
A. Gesamtergebnis	655
B. Zusammenfassung	657
C. Schlusswort	676
Dokumentenverzeichnis	683
Literaturverzeichnis	693